

Für eine neue (verbindende) Klassenpolitik

Das Thema bietet sich für den AKL-Ratschlag evtl. deshalb an, weil es in zahlreichen linken Milieus und Bewegungen seit langer Zeit stark diskutiert wird. So z.B. von Thomas Goes in einem Beitrag auf der Seite der „Bewegungslinken“, den ihr hier findet:

Die LINKE muss eine verbindende Klassenpolitik machen und Kämpfe gegen Ausbeutung, Rassismus und Sexismus verbinden.

von Thomas Goes: <https://bewegungslinke.org/scheitern-als-chance/>
oder in einem Beitrag von Cinzia Aruzza in der Ausgabe 646 von a & k

Von Frauenstreiks zu einer neuen Klassenbewegung

von Cinzia Aruzza in a&k Nr. 646: https://www.akweb.de/ak_s/ak646/07.htm
oder auf der **Streikkonferenz der RLS am 15. – 17.02.19** in Braunschweig, worüber die SoZ hier berichtet: www.sozonline.de/2019/03/aufbruchstimmung/

Das Thema hätte den Vorteil, dass wir damit einmal den Ratschlag auf eine stärkere Bewegungsorientierung ausrichten und auch mit den verschiedenen Bündnispartnern (u.a. auch mit dem linken Gewerkschaftsflügel) in die Diskussion kommen könnten. Andererseits bietet das Thema aber auch die Chance, die Verparlamentarisierung der Partei stärker aufzubrechen und deutlich zu machen, dass die Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses durch soziale Kämpfe bzw. auf der Straße erfolgt und nicht in den Parlamenten, wie die Pflege-Streiks, die Proteste im Hambacher Forst, die Fridays-for-Future-Bewegung oder die Mietendemos der letzten Zeit eindrucksvoll belegen.

Wir müssen aber auch insbesondere die Frage beantworten, welche strategische Orientierung wir damit verbinden wollen, also warum ein AKL-Ratschlag, obwohl der Ratschlag der Bewegungslinken erst Mitte Juni 2019 (ebenfalls in NRW) stattgefunden hat?

Deshalb halte ich es für wesentlich, dass wir nach den drei Landtagswahlen in den östlichen Bundesländern, die sehr wahrscheinlich mit weiteren Stimmenverlusten ausgehen werden, deutlich machen sollten, dass DIE LINKE statt der dominanten Fokussierung auf Parlamente und Regierungsoptionen bzw. -beteiligungen eine deutlich stärkere außerparlamentarische und klassenbezogene Politik und Strategie braucht. Diese sollte insbesondere mit einer „Kampfansage“ an den nahezu religiösen Glauben an „Rot-Rot-Grün“ verbunden sein, der vermutlich auch bei den kommenden Landtagswahlen in den westlichen Bundesländern und auch Richtung Bundestagswahl neue Urstände feiern wird.

Gleichzeitig sollte der Ratschlag aber auch dazu dienen, linke Gewerkschaftspolitik, also z.B. * Forderungen u.a. nach politischem Streik, etc. zum Thema zu machen, da nicht zuletzt die Rechtswidrigkeit des politischen Streiks die Gewerkschaften daran hindert, in die politischen Auseinandersetzungen mit dem Mittel des Streiks einzugreifen
* sowie auch zum Thema zu machen, in welchen sozialen und politischen Auseinandersetzungen es sich aufdrängt, dass der linke Gewerkschaftsflügel und die außerparlamentarische Bewegung auf eine stärkere Zusammenarbeit orientieren sollten, als dies bisher der Fall ist.

Insgesamt wäre es m.E. ein anspruchsvolles Thema bzgl. der Vorbereitung und wir müssten klären, ob wir das „stemmen“ können bzw. sich das Thema für den AKL-Ratschlag eignet. Ich meine ja.

Ort: NRW (genauer Ort wäre noch zu klären)
Termin: erste Novemberhälfte